

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 13/382, 13/828 (neu) —

Entwurf eines Gesetzes zu dem Beschluß des Rates vom 31. Oktober 1994 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß

- die Ausgaben der Europäischen Union den für die Bürgerinnen und Bürger vordringlichsten Aufgaben, wie die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Sicherung sozialer Standards auf hohem Niveau sowie die Erhaltung der Umwelt, zugute kommen,
- in der Bundesrepublik Deutschland selbst, als einem Mitgliedstaat, der mit die meisten europäischen Fördermittel erhält, darauf hinzuwirken, daß die Verwendung durch die Parlamente und Rechnungshöfe strikt kontrolliert und die Ergebnisse öffentlich gemacht werden,
- die Personalausgaben der Europäischen Union insbesondere auf den hochbezahlten Ebenen geprüft werden,
- die Europäische Union um eine vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union zu beschließende Finanzordnung ergänzt wird, mit der ein organisiertes und gerechtes System des Finanzausgleichs zwischen wirtschaftsstarken und -schwachen Mitgliedstaaten geschaffen wird,
- dem Europäischen Parlament gleichrangige Entscheidungskompetenzen, wie dem Rat der Europäischen Union übertragen werden,
- dem Europäischen Parlament ein Initiativrecht auch in Haushaltsfragen eingeräumt wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, frühzeitig vor der 1999 notwendigen Überprüfung der Gemeinschaftsfinanzen, konkrete Vorschläge für diese Reform zu entwickeln und öffentlich zu diskutieren.

Bonn, den 27. März 1995

Dr. Gregor Gysi und Gruppe